

Für die Limmattaler Wirtschaftsverbände ist Ecopop wohlstandsfeindlich

Abstimmung Eine fixe Einwanderungsquote sei absurd, weil sie das Erfolgsmodell Schweiz gefährde. Das kritischen Wirtschaftsverbände aus Dietikon, Schlieren und Spreitenbach - und nicht nur das.

Die Stellungnahme könnte angreifbarer kaum sein: Diese Ecopop-Initiative sei «freiheits- und wohlstandseindlich» und zerstöre «das Erfolgsmodell Schweiz». Das schreiben der Industrie- und Handelsverein Dietikon (IHV), die

Wirtschaftskammer Schlieren (WKS), die Vereinigung für Industrie, Dienstleistungen und Handel Spreitenbach und der Gewerbeverband Limmatal in einer gemeinsamen Mitteilung. Sie lehnen die am 30. November zur Abstimmung stehende Initiative rundweg ab.

Die Ecopop-Initiative möchte die Einwanderungsquote auf jährlich 0,2 Prozent beschränken. Zudem fordern die Initianten, dass jährlich 200 Millionen Franken für Verhütungsmittel in Entwicklungsländern eingesetzt werden sollen, um dort das Bevölkerungswachstum einzuschränken.

Für die Präsidenten der Verbände - Dietrich Pestalozzi, Andreas Geistlich,

Fredi Pahr und Gregor Biffiger - sind beide Forderungen schlicht «absurd».

Eine fixe Einwanderungsquote blockiere die Schweiz und schränke den Arbeitsmarkt zu stark ein. Die erfolgreichen Schweizer Unternehmen seien auf gut ausgebildete Fachkräfte auch aus dem Ausland angewiesen. Bereits heute fehlen in vielen Branchen gut ausgebildete Fachkräfte. Mit starren und rigiden Zahlenvorgaben würde die Initiative dieses Problem drastisch verschärfen.

Die fixen Zuwanderungsquoten hätten Verteilungskämpfe um Fachkräfte zur Folge, in denen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen oftmals den Kürzeren ziehen würden. Bereits

die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative stelle die bilateralen Verträge mit der EU auf die Probe. Mit den «total restriktiven» Ecopop-Forderungen müssten die bilateralen Verträge definitiv gekündigt werden und die Schweiz würde den bevorzugten Zugang zum europäischen Absatzmarkt verlieren. Das hätte gemäss den Limmattaler Verbänden dramatische Folgen. Immerhin gingen 50 Prozent der Schweizer Exporte in den Europäischen Wirtschaftsraum. Ein Ja zur Initiative führe in die wirtschaftliche Isolation und sei Gift für den Werkplatz Schweiz, die KMU, aber auch für die liberale und offene Gesellschaft der Schweiz. (H)